

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
02/2011*



PARLAMENTSMAIL

Liebe FreundInnen!

Wie immer nach einer Sitzung erhaltet Ihr von mir die neuesten Informationen direkt aus dem Parlament, diesmal nach einer Sondersitzung zum Thema Zukunft des Bundesheers und der Wehrpflicht.

Ich möchte Euch auch gerne meinen neuen Mitarbeiter Sebastian Lüking vorstellen, der mich seit Februar bei meiner Arbeit unterstützt und der Euch bei Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung steht. Ihr könnt Sebastian telefonisch unter +43 1 401 10-3444 oder per E-Mail unter sebastian.lueking@parlament.gv.at



Natürlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Freitag, 4. Februar 2011, trat der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammen, um die Zukunft des Bundesheers und der Wehrpflicht zu diskutieren. Die Abhaltung einer Sondersitzung hatten die drei Oppositionsparteien gemeinsam beantragt. Die gegen Verteidigungsminister Darabos eingebrachten Misstrauensanträge fanden keine Mehrheit.

Verteidigungsminister **Norbert Darabos** rief zur **Versachlichung der Debatte** auf und bekräftigte seine **Präferenz für ein Freiwilligenheer**. Mit einem Freiwilligenheer können alle vorstellbaren Aufgaben – vom Katastrophenschutz über Luftraumüberwachung und Auslandseinsätze bis hin zur sicherheitspolizeilichen Assistenz – gewährleistet werden.

Gleichzeitig gab der Minister eine Garantie ab, dass ein Freiwilligenheer die gleiche Leistung bei gleichen Kosten, aber ohne Zwang erbringen könne. Für den Katastrophenschutz werden weiterhin mindestens 10.000 Soldatinnen und Soldaten, für Auslandseinsätze 1.000 Personen bereitstehen.

Auch die **Rekrutierung für das Freiwilligenheer** ist möglich. Bereits jetzt also - ohne Anreizsystem - gibt es rund 3.500 freiwillige Meldungen für den Dienst im Bundesheer. In den ersten Jahren müssten für ein Freiwilligenheer 2.500 Personen jährlich eingestellt werden. Milizsoldaten sollen künftig 5.000 Euro jährlich als Prämie erhalten. Zeitsoldaten bekommen für ihre Bereitschaft zur Teilnahme an Auslandseinsätzen 7.200 Euro. Mit diesem Anreizsystem ist die Rekrutierung ohne Probleme machbar.

Auch SPÖ-Klubobmann **Josef Cap** forderte eine **sachliche Heeresreform-Debatte und Reformbereitschaft**. Er betonte, dass Verteidigungsminister Norbert Darabos Mut zur Reformbereitschaft gezeigt und sieben Modelle präsentiert habe. Das von Darabos präferierte Modell entspreche den **modernen Sicherheitserfordernissen**, den Anforderungen an einen **professionellen Katastrophenschutz** und an **moderne Auslandseinsätze**.

Der aktuelle europäische Vergleich zeigt, wie zeitgemäß der Vorstoß von Minister Darabos in Sachen Abschaffung der Wehrpflicht ist. Der Vorschlag des Verteidigungsministers ist **kein österreichischer Alleingang**. Aktuell gibt es in Europa nur noch drei Länder, in denen es noch eine Wehrpflicht gibt. Überall anders wurde sie bereits abgeschafft. Cap forderte die Oppositionsparteien, die Offiziersgesellschaft und den Milizverband auf, sich endlich einer sachlichen Diskussion zu stellen.

Erstaunt zeigte sich Cap über die Erinnerungslücken der Oppositionsparteien und verwies auf das von allen fünf Parteien im Parlament unterzeichnete

BundesheerreformKommissions-Papier, das eine Umstellung zu einem Freiwilligenheer ermöglicht. Alle fünf Parteien im Parlament haben dieses Konzept der Bundesheerreform-Kommission unterschrieben. Ziel ist jedenfalls die Professionalisierung des Bundesheeres, eine Professionalisierung des Katastrophenschutzes, der Auslandseinsätze und letztendlich auch eine Professionalisierung des Sozialdienstes, die Dank Sozialminister Rudolf Hundstorfer in Angriff genommen wurde.

Pressemeldungen&Veranstaltungen:

[ÖVP-SPÖ-Entschließungsantrag zur Situation in Ägypten eingebracht](#)
04.02.2011

[Außenpolitischer Ausschuss debattiert über Krise in Kairo](#) 04.02.2011

[EU-Hauptausschuss: Sorge um Lage in Ägypten Diskussion über Energie- und Innovationspolitik in Europa](#) 03.02.2011

[Cap und Muttonen fordern rasche Wiederholung der Parlamentswahlen in Ägypten](#) 03.02.2011

[Muttonen: EU soll Demokratisierung Tunesiens durch Maßnahmenbündel unterstützen](#) 24.01.2011

Parlamentarische Versammlung des Europarats in Straßburg vom 24.01-28.01.2011



In der letzten Jänner Woche fand die Wintersitzung des Europarates statt, in der unter anderem der Bericht des Schweizer Abgeordneten Dick Marty diskutiert und beschlossen wurde. Darin geht es um den Verdacht des Organhandels im Kosovo. Dazu gab es heftige Debatten;... wie auch zum neuen Mediengesetz in Ungarn.

Außerdem gab es auch ein paar personelle Entscheidungen, so wurde ich im Unterausschuss für Medien zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Für alle die es ganz genau wissen möchten, worüber wir im Europarat diskutieren, habe ich folgend einmal den österreichischen Abschlussbericht beigelegt.

Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg, 24. bis 28. Jänner 2011

Abschlussbericht

Bericht über unmenschliche Behandlung von Gefangenen und illegalen Organhandel im Kosovo

Höhepunkt der Sitzungswoche war der Bericht des Schweizer Dick Marty über illegalen Organhandel im Kosovo. Während und unmittelbar nach der bewaffneten Auseinandersetzung im Kosovo wurden Gefangene in geheimen Lagern der KLA (Kosovo Liberation Army) festgehalten. Zahlreiche Indizien sprechen dafür, dass diesen Gefangenen Organe entnommen wurden, welche im internationalen Schwarzhandel verkauft wurden. Die Verbrechen der serbischen Seite während dieses Konfliktes wurden in den Medien dargestellt und haben zu dem Bild beigetragen, dass die Serben die Täter und die Albaner die Opfer des Konfliktes waren. Die Versammlung betonte in ihrer Resolution, dass die Verbrecher auf beiden Seiten verfolgt und bestraft werden müssen. EULEX (European Union Rule of Law Mission in Kosovo) wurde aufgefordert, die diesbezüglichen Untersuchungen fortzusetzen, Serbien und Albanien wurden aufgefordert, EULEX und das Kriegsverbrechertribunal der UNO in Den Haag in ihrer Arbeit zu unterstützen (s. Resolution 1782: Investigation of allegations of inhuman treatment of people and illicit trafficking in human organs in Kosovo).

Reform des Europarates

In einer Resolution betreffend die Reform des Europarates begrüßte die Versammlung die Konzentration auf die drei Hauptthemen des Europarates, nämlich Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. In diesem Zusammenhang soll allerdings nicht vergessen werden, dass es eine Reihe von Faktoren (sog. „enabling factors“) gibt, welche diese drei Punkte erst ermöglichen. Als Beispiele dafür wurden Bildung, sozialer Zusammenhalt und Migration genannt. Die Konzentration auf die Hauptthemen des Europarates darf nicht so weit gehen, dass diese „enabling factors“ vernachlässigt werden (s. Resolution 1783 und Empfehlung 1951: Follow-up to the reform of the Council of Europe). Prof. Konecny forderte in seiner Wortmeldung eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarische Versammlung und dem Ministerrat sowie Maßnahmen, um den "Stau" im EGMR abzubauen. - 3 - 03140.0118/22-A3.2/2010

Balkan und früheres Jugoslawien

Die Versammlung diskutierte unterschiedlich Entwicklungen auf der Balkanhalbinsel. Nachdem das Mandat von ICTY bald auslaufen wird und diese Fälle vor nationalen Gerichten verhandelt werden sollen, wurden Bosnien, Kosovo, Kroatien, Serbien aufgefordert, den Schutz von Zeugen in diesen Verfahren zu verbessern. Weiters wurden die Länder des Westbalkans aufgefordert, ihre Bemühungen zur Versöhnung zu verstärken und die Rückkehr von Vertriebenen zu fördern (s. Empfehlung 1953 und Resolution 1785: The obligation of member and observer

states of the Council of Europe to co-operate in the prosecution of war crimes; Resolution 1784 und Empfehlung 1952: The protection of witnesses as a cornerstone for justice and reconciliation in the Balkans; Resolution 1786 und Recommendation 1954: Reconciliation and political dialogue between the countries of the former Yugoslavia).

Funktionieren der Demokratie in Ungarn

Im Rahmen einer Dringenden Debatte wurde über das Funktionieren der Demokratie in Ungarn thematisiert. Der Vorsitzende des politischen Ausschusses der Versammlung beantragte die Einladung eines Monitoring-Verfahrens. Zwei Berichterstatter sollen nun prüfen, ob Ungarn die Erfordernisse für die Mitgliedschaft im Europarat erfüllt.

Dringende Debatten:

Gewalt gegen Christen im Nahen Osten

Die Versammlung verurteilte die anhaltende Gewalt gegen Christen im Nahen Osten (s. Recommendation 1957 Violence against Christians in the Middle East). Die betroffenen Staaten wurden aufgefordert, Täter zu verfolgen und Schritte gegen weitere Gewaltakte zu unternehmen.

Die Lage in Belarus nach den Präsidentschaftswahlen

Die Proteste nach den letzten Präsidentschaftswahlen wurde von den weißrussischen Behörden gewaltsam unterdrückt. Die Parlamentarische Versammlung forderte Belarus auf, alle politischen Gefangenen unverzüglich frei zu lassen, zudem soll die Zusammenarbeit mit der Opposition sowie Menschenrechtsaktivisten intensiviert werden (s. Resolution 1790 The situation in Belarus in the aftermath of the presidential election). Dr. Kühnel beteiligte sich an der Debatte. - 4 - 03140.0118/22-A3.2/2010

Die Lage in Tunesien

Die tunesischen Politiker wurden aufgerufen, demokratische Reformen durchzuführen, um den Wünschen ihres Volkes zu entsprechen (s. Resolution 1791 The situation in Tunisia). Prof. Konečný sowie Dr. Kühnel ergriffen in dieser Debatte das Wort.

Als **Gastredner** sprachen der Außenminister der Türkei Ahmet Davutoglu (derzeit Vorsitzender im Ministerrat des Europarates), der Präsident der Türkei, Abdullah Gül, der Präsident Serbiens, Boris Tadić, sowie der Präsident Rumäniens, Traian Basescu. Der albanische Premierminister Berisha musste seinen geplanten Besuch beim Europarat absagen.

Angelegenheiten der österreichischen Delegation:

- Abg. Muttonen wurde zur Vizevorsitzenden des Unterausschusses Medien gewählt.
- Während der nächsten Sitzung des Unterausschusses Gewalt gegen Frauen wird Abg. Wurm zu dessen Vorsitzender gewählt werden.

- In einem Gespräch legten Mitglieder der georgischen Delegation die georgischen Standpunkte in den Verhandlungen über Südossetien und Abchasien dar.
- Kurdische Aktivisten informieren über aktuelle Entwicklungen in Kurdistan und im Fall Öcalan.

Neben den oben genannten Dokumenten wurden von der Parlamentarischen Versammlung verabschiedet:

- Empfehlung 1950: The protection of journalists' sources;
- Resolution 1788 und Empfehlung 1956: Preventing harm to refugees and migrants in extradition and expulsion cases: Rule 39 indications by the European Court of Human Rights;
- Resolution 1789: Challenge on procedural grounds of the still unratified credentials of the parliamentary delegations of Montenegro, San Marino and Serbia;
- Resolution 1787 und Empfehlung 1955: Implementation of judgments of the European Court of Human Rights;
- Empfehlung 1959: Preventive health care policies in the Council of Europe member states;
- 5 - 03140.0118/22-A3.2/2010
- Resolution 1792: Monitoring of commitments concerning social rights;
- Resolution 1793: Promoting active ageing – capitalising on older people's working potential;
- Empfehlung 1958: Monitoring of commitments concerning social rights.

Wien, 4. Februar 2011
(Dr. Christian Hütterer)

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Palais Epstein, Schmerlingplatz 7

1017 Wien